

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 180 (2014)
Heft: 5

Artikel: Tunesien in Turbulenzen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-391421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tunesien in Turbulenzen

Das nordafrikanische Land, der Ursprung des Arabischen Frühlings, findet keine politische Stabilität. Es fehlen eine zentrale politische Macht, ausreichende Militär- und Sicherheitskräfte sowie ein gesellschaftlicher Konsens. Dschihadisten aus dem In- und Ausland bedrohen die Sicherheit.

Spectator*

Vor fast drei Jahren hat in Tunesien der sogenannte Arabische Frühling begonnen. Das Regime von Zine El Abidine Ben Ali wurde im Januar 2011 gestürzt und die Tunesier erhofften sich viel. Doch seither kommt das nordafrikanische Land nicht zur Ruhe. Armut und hohe Arbeitslosigkeit, die zentralen Auslöser der damaligen Proteste, dauern an. Ernüchterung und Unsicherheit sind eingetreten: Jeder sechste Tunesier ist ohne Arbeit (17,2 %), die Inflation liegt bei mehr als 6 %, während die Wirtschaft nur langsam wächst. Die Polizei kämpft mit Korruption, während über die Grenzen Waffen und extremistische Ideologien ins Land kommen.

Die Menschen sind enttäuscht; besonders junge Menschen fühlen sich verraten. Sie gingen damals auf die Strasse und stürzten die Diktatur. Sie demonstrierten, um mitbestimmen zu können. Doch nach den Wahlen am 23. Oktober 2011, bei denen die islamistische Ennahdha-Partei die meisten Stimmen erlangte und seither mit zwei kleinen Parteien aus dem linken beziehungsweise säkularen Lager regierte, ist es mit der Mitbestimmung vorbei. Und noch etwas tritt immer mehr in Erscheinung: die Zuwendung zum Salafismus. Was von der Revolution bleibt, ist ein Krieg zwischen Muslimen und Ungläubigen; wir sind Feinde, es ist unmöglich, dass einer von uns den anderen je akzeptiert. Die Salafisten, sagt ein junger Tunesier, haben das Projekt eines islamischen Staates und würden dafür sterben. Wir brauchen keine Gesetze, Sanktionen und Regulierungen von Rechtsprofessoren. Wir haben himmlische Gesetze.

Politisches Chaos

Bereits zwei Mal ist es 2013 in Tunesien zu schweren Ausschreitungen gekommen. Im Februar war der oppositionelle Politiker Chokri Belaid ermordet worden. Nach seinem Tod schlitterte das Geburtsland des

Arabischen Frühlings in eine schwere politische Krise. Für den Anschlag auf Belaid wurden islamistische Extremisten verantwortlich gemacht.

Am 25. Juli wurde Mohammed Brahmi, ein ebenfalls sehr bekannter tunesischer Oppositionspolitiker, vor den Augen seiner Familie erschossen. Oppositionelle und Demonstranten im ganzen Land forderten einen Rücktritt der Re-

gierung. Am 31. Juli wurde ein Anschlag auf eine Militärpatrouille in Mhamdi, einer Stadt etwa 30 km südlich von Tunis, durchgeführt. Es wurden keine Opfer gemeldet.

Zusätzlich zu den Kämpfen im Nordwesten gab es andere beunruhigende Vorfälle, darunter die Entdeckung eines grossen Waffenlagers in Tunis. Auch haben Zusammenstösse zwischen Militär- und Dschihad-Kräften in Cebbala Ouled Asker stattgefunden.

Es gilt zu beachten, dass diese Art von Gewalt in Tunesien nicht neu ist und sich die Unsicherheit im Land nicht über Nacht entwickelte. Die sicherheitsrelevanten Zwischenfälle haben in den vergangenen acht Monaten einfach an Intensität zugenommen. Sie stehen im Zusammenhang mit der politischen Malaise in Tunesien. Dschihadistische Elemente in Tunesien versuchen, das politische Chaos zu nutzen, um genügend politische Unruhen zu bewirken. Sie

wollen dadurch die gegenwärtige Regierung stürzen, was ihnen auch schliesslich gelang, und die verfassungsgebende Nationalversammlung auflösen. Am 5. Oktober vereinbarte nun Ennahdha formal, sich bis Ende des Monats für eine neutrale weitere Übergangsregierung aus dem Amt zurückzuziehen. Das Verfahren hat sich allerdings seither verzögert. Trotz langwieriger Verhandlungen schaffte die



Tunesien.

Bild: Weltkarte.com

gierung. Kritiker werfen ihr vor, nicht genug gegen die steigende Gewalt durch Extremisten im Land zu tun, und viele Mitglieder der Opposition machen die Regierung für den Tod Belaid verantwortlich.

Am 29. Juli wurden mindestens acht tunesische Soldaten durch die Explosion einer Landmine bei einem Dschihad-Hinterhalt getötet. Laut tunesischem Staats-

scheidende Übergangsregierung von Ennahda das Budget 2014 und das erforderliche Finanzgesetz am 18. November.

Relative Ruhe

Tunesien ist im Vergleich zu anderen Ländern des Arabischen Frühlings ein Land, in dem anscheinend überwiegend Ruhe herrscht. Seine Zivilbevölkerung hat generell die revolutionäre Gewalt und die bewaffnete Revolte vermieden. Sein Militär ist weitgehend aus den innenpolitischen Angelegenheiten herausgehalten worden. Auch der staatliche Verwaltungsapparat brach im Gegensatz zu dem in Libyen und Ägypten nicht völlig zusammen. Darüber hinaus ging die Wirtschaft des Landes weitgehend ununterbrochen weiter, weil die führenden ökonomischen Kräfte nie wirklich weg waren, und die soziale Grundversorgung meistens fortgesetzt worden ist.

Aber diese relative Stabilität täuscht über die ernststen Herausforderungen für Tunesien hinweg. Seit Ben Alis Sturz befinden sich Militär- und Sicherheitskräfte des Landes zunehmend in Konflikt mit der neuen politischen Ordnung. Risse haben sich zwischen den politischen und militärischen Führern aufgetan, der Generalstabschef ist im Juni zurückgetreten.

Es war keine politische Partei in der Lage, die politische Macht zu festigen. Ennahda, eine der liberaleren islamistischen Parteien der Region, hatte Mühe, ihre Koalitionspartner wie Ettakol auf Linie zu halten. Ehemalige Regierungsbeamte aus dem Ben Ali-Regime, die jetzt Mitglieder der rivalisierenden politischen Parteien sind, haben Ennahda und ihren Verbündeten bei verschiedenen Gelegenheiten das politische Leben schwer gemacht.

Auftrieb für Dschihadisten

Ein derartiges politisches Klima hat es den islamistischen Militanten ermöglicht zu gedeihen. Bei einer Reihe von unzufriedenen und leicht zu radikalisierenden Jugendlichen hat dies zum Beitritt zu lokalen, regionalen und internationalen Salafisten-Organisationen und Dschihad-Gruppen, wie Al-Qaida im islamischen Maghreb (AKIM), geführt. Bemerkenswert ist, dass diejenigen, die das Land verlassen haben als gut ausgebildete und erfahrene Kämpfer zurückkommen.

Die Verfolgung und Verhaftung der Dschihadisten hat sich angesichts der tu-



Die Hoffnungen der tunesischen Bevölkerung wurden nach den Umwälzungen durch den Arabischen Frühling nicht erfüllt.

Front Populaire Tunisie, Bild: Ashoola

nesischen Geografie als schwierig erwiesen. Einige dieser Kämpfer entkamen über die durchlässige Grenze nach Libyen, während andere sich in den Regionen rund um den Jebel Chaambi und in der Le Kef Region in Nordwest-Tunesien verstecken und dort trainieren. Und dort machen lange Wüstengrenzen und bergiges Gelände eine Entdeckung schwierig, vor allem für überforderte Sicherheitskräfte. Deshalb wurde Tunesien zu einem Transitkorridor, der Dschihadisten-Gruppen im Nordosten von Algerien mit den verschiedenen militanten Organisationen in Libyen verbindet. Dieser Korridor wird zum Transport von Kämpfern, Waffen und Ausrüstung benützt.

Einflüsse aus Algerien

Tunesiens Probleme haben es auch für fremde Einflüsse anfällig gemacht, insbesondere für jene aus Algerien. Während Algerien früher mit Rabat, Paris und seinen eigenen inländischen Aufständen beschäftigt war, hat es nun eine stärkere Rolle bei der Sicherung des tunesischen Territoriums und der Vermittlung seiner politischen Streitigkeiten eingenommen. Die regierenden und oppositionellen Personen in Tunesien sind mehrere Male mit dem algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika, Ministerpräsident Abdelmalek Sellal und dem Botschafter in

Tunesien Abdelkader Hajar zusammengetroffen. Darüber hinaus arbeiten algerische Militär- und Geheimdienstkkräfte stark mit ihren tunesischen Kollegen zusammen. Dies nicht nur bei der Überwachung der Grenzen, sondern auch bei der Durchführung von gemeinsamen Operationen in Regionen wie rund um den Jebel Chaambi, um Waffenlager aufzudecken und Dschihad-Kämpfer auszuschalten. Algeriens Aktionen sind weniger auf Altruismus als mehr auf seinen eigenen Schutz gerichtet. Das primäre Ziel der Regierung in Algerien ist natürlich, eine Bedrohung für Algerien durch die tunesische Unsicherheit zu verhindern.

Weiterhin Unsicherheit

Der nationale und regionale Druck wird Ennahda und ihre Partner zwingen, eine Vereinbarung über eine Übergangsregierung zu erreichen. Dennoch werden gewaltsame Demonstrationen und Streiks auch in Zukunft von Dschihadisten gesteuert werden. Aber Tunesiens Herausforderungen können nicht durch blossen politischen Konsens gelöst werden. Die tiefe Spaltung zwischen den verschiedenen Interessen des früheren Regimes und den Ambitionen von Gruppen wie die islamistische Ennahda-Partei wird auch weiterhin andauern. Ebenso wie die Frustrationen der Militärs des Landes und der Sicherheitskräfte. ■

* Spectator; leicht gekürzte Fassung, mit freundlicher Genehmigung von Oberst K.-H. Leitner, Chefredaktor der Zeitschrift «der Soldat».